

## **Ökonomische Bildung an nordrhein-westfälischen Schulen fachkundig vermitteln!**

*Beschluss des Vorstandes von HANDWERK.NRW vom 7. November 2019*

Als Teil der Allgemeinbildung ist ökonomische Bildung unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung von Mündigkeit, Urteilsvermögen und Verantwortlichkeit sowohl für das eigene Leben als auch gegenüber anderen. Das Verständnis der Wirtschafts- und Sozialordnung der Sozialen Marktwirtschaft hilft, sich als Unternehmer, Arbeitnehmer oder Verbraucher im Wirtschaftsgeschehen zu orientieren und einzubringen und an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Ökonomische Bildung leistet schon allein durch die Vermittlung von notwendigen Wissensgrundlagen einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag zur politischen Bildung.

Daher begrüßen wir ausdrücklich die von der Landesregierung tatkräftig eingeleitete Stärkung der ökonomischen Bildung in allen Schulformen. Wir sehen darin auch eine große Chance, an allen Schulformen eine ergebnisoffene Berufsorientierung und Berufsvorbereitung in einem fachlich fundierten Kontext zu verankern.

Zur sachgerechten und fachlich fundierten Vermittlung ökonomischer Bildung müssen zum einen grundständige Lehramtsstudiengänge für den Lehrkräftenachwuchs und zum anderen Weiterbildungsangebote für bereits aktive Lehrkräfte unterbreitet werden. Es muss gewährleistet werden, dass angehende Lehrkräfte der neuen Schulfächer „Wirtschaft“, „Wirtschaft-Politik“ sowie „Wirtschaft und Arbeitswelt“ im Studium verpflichtend einschlägige wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Lehrveranstaltungen belegen oder im Rahmen von geeigneteren Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen entsprechende Kompetenzen erwerben. Nur dann lässt sich die ökonomische Bildung im Fächerkanon fest verankern und mit hoher Fachlichkeit unterrichten.

Wir empfehlen der Landesregierung daher:

- die bestehenden Erfahrungen aus Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen in die Entwicklung von Lehrplänen ebenso wie in die Lehrkräfteteaus- und Weiterbildung einfließen zu lassen,
- den Namen „Wirtschaft-Politik“ für das Fach auch in der Sekundarstufe II zur Vereinheitlichung mit der Sekundarstufe I und der Nomenklatur in anderen Bundesländern einzuführen,
- den Bereich „Wirtschaft“ ausdrücklich (anstatt der bisherigen Subsumption unter „Sozialwissenschaften“) als Studienfach in die Lehramtszugangsverordnung aufzunehmen
- fachliche und fachdidaktische Lehrerfortbildungen im Bereich der ökonomischen Bildung zu priorisieren und den Schulen dazu den nötigen Handlungsspielraum zu geben,
- bei der Deckung des Bedarfs an qualifizierten Lehrkräften auch auf innovative, digital gestützte Lehr- und Lernformate („Blended Learning“) zurückzugreifen
- entsprechende Fortbildungsangebote zu zertifizieren, so dass für die teilnehmenden Lehrkräfte eine nachhaltige Anerkennung ihrer erworbenen wissenschaftlichen Qualifikationen gewährleistet ist.